



KölnSPD
Hans-Jürgen-Wischnewski-Haus
Magnusstr. 18b
50672 Köln

fon 0221.92 59 81 0
fax 0221.92 59 81 50
mail ub.koeln@spd.de
web www.koelnspd.de

Team #mitmischen
Jugendzentrum anyway
Kamekestr. 14
50672 Köln

Per Mail

28.07.2020

Wahlprüfsteine LSBT*Q zur Kommunalwahl 2020

Hallo Leon M. Gruß, hallo Bela Bernards,
liebes Team #mitmischen,

für Ihr Schreiben vom 03.07.2020 bedanken wir uns und freuen uns über die Gelegenheit, im Namen der KölnSPD zu Ihren Themen Stellung nehmen zu können. Sie können zudem davon ausgehen, dass auch unser OB-Kandidat Andreas Kossiski die Inhalte der KölnSPD zu den angesprochen Themen teilt.

Die KölnSPD setzt sich seit vielen Jahren für die Initiativen und Projekte ein, die die Kölner Vielfalt bereichern und erfahrbar machen. Wir setzen auf ein gelebtes Miteinander und unterstützen Vielfalt als Stärke. In unserem Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2020 setzen wir uns intensiv mit Fragestellungen wie der gesellschaftlichen Intoleranz und Diskriminierung auseinander und erheben einige wichtige Forderungen, um LSBT*Q-Jugendlichen bessere Möglichkeiten zur Teilhabe an der Ausgestaltung der Stadtpolitik zu schaffen.

Auf Ihre Fragen möchte ich im Folgenden näher eingehen:

Zu 1.) Ein unbeschwertes Heranwachsen von LSBT*Q-Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Köln

Wir haben uns als KölnSPD ein wesentliches Ziel gesetzt, um das Heranwachsen der LSBT*Q-Jugendlichen zu unterstützen und zu erleichtern:
Wir wollen miteinander leben, nicht nebeneinander!

Deshalb fördern wir Engagement, Initiativen und Projekte, die unsere Kölner Vielfalt bereichern und erfahrbar machen. Wir unterstützen beispielsweise den Christopher Street Day und fördern ihn auch finanziell – für uns gehört er zum Kölner Brauchtum wie der Karneval.

Auf der Ebene von Verwaltung und Politik werden wir das Amt für Integration und Vielfalt finanziell und personell ausbauen. Um auf alle Entscheidungsträger einzuwirken, damit sie bei allen Planungen und Entscheidungen der Diversität den notwendigen Raum geben, braucht es nämlich die nötigen Ressourcen.

Die städtischen Arbeitsgemeinschaften für Behindertenpolitik und für LSBTI sowie den Integrationsrat werden wir stärken. Wir werden sie umfassend in die Beratung zu Anträgen und Verwaltungsvorlagen einbeziehen. Die Fachkompetenz aus den Arbeitsgemeinschaften muss sich auf das gesamte breite Spektrum des gesellschaftlichen Lebens auswirken, nicht nur bei wenigen ausgewählten Themen.

Damit die wirklichen Bedarfe und Interessen von LSBT*Q-Jugendlichen bei kinder- und jugendpolitischen Themen berücksichtigt werden, müssen wir sie immer wieder persönlich einbinden und befragen! – Zuletzt hat 2018 auf Initiative des Jugendhilfe-Ausschusses die sozialdemokratische Jugenddezernentin Agnes Klein eine Jugendbefragung durchgeführt.

Alle Kölner Jugendlichen im Alter zwischen 14 Jahren bis unter 21 Jahren konnten mitmachen und ihre Meinung sagen – aber das Thema LSBT*Q fand keinen besonderen Nachhall bei den Fragen. Wir finden es sehr schade, dass erst eine eigene Befragung des Zentrums „anyway“ mit insgesamt 742 LGBT*-Jugendlichen und jungen Erwachsenen erfolgen musste, um mehr über deren Lebenssituation zu erfahren. Unser Dank geht an die insgesamt 150 Jugendlichen aus Köln, die sich beteiligt und LSBT*Q eine Stimme verliehen haben.

Wir werden genau darauf achten, dass die Verwaltung ihre Zusagen einhält und zukünftig im Austausch mit der Stadt AG LST bleibt. Diese muss bei Mitteilungen und Informationen der Verwaltung in die regelmäßige Beratungsfolge aufgenommen werden. Für weitere Befragungen muss die Gruppe der LSBT*Q-Jugendlichen stärker und proaktiv beteiligt werden.

Zu 2.) Diskriminierung vorbeugen: Aufklären und Vorurteile abbauen

Die SPD in Köln setzt sich schon lange für ein Klima der Akzeptanz in den pädagogisch arbeitenden Einrichtungen – von der Kita über die Schulen bis zum Sportverein - ein. Dies wollen wir weiter vorantreiben.

Im Kölner Sport ist es u.a. unsere Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes, die als unsere Vertreterin in der Stadtarbeitsgemeinschaft LST und darüber hinaus viele Gelegenheiten findet, um deutliche Zeichen gegen Homophobie zu setzen. Jürgen Roters, unser ehemaliger Oberbürgermeister, ist seit mehr als zwanzig Jahren Schirmherr des Come-Together-Cups, der zu einem der Höhepunkte des Kölner Sportjahres zählt.

Unser Oberbürgermeisterkandidat bei der Kommunalwahl 2020 Andreas Kossiski verfolgt diese Tradition konsequent weiter. Als kooptiertes Mitglied im Aufsichtsrat des Stadtsportbundes Köln hält er

intensiven Kontakt zu Sportvereinen und ermutigt sie, zu einer diskriminierungs- und vorurteilsfreien Gesellschaft beizutragen. Wir fordern mehr Fortbildungen und Aufklärung für die Übungsleiter*innen, damit diese vorurteilsfrei auf die Kinder und Jugendlichen in den Sportvereinen einwirken und ein Training im Sinne der Anerkennung und Toleranz ermöglichen.

Die Einrichtung eines Schwimmangebotes für trans- und intergeschlechtliche Menschen in geschütztem Rahmen im städtischen Schwimmbad Genovevabad in Mülheim durch die KölnBäder begrüßen wir vor diesem Hintergrund sehr. Wir werden darauf hinwirken, dass es sich nicht um ein Ausnahmeprojekt, sondern um einen Baustein auf dem Weg zu einer Vielzahl an Sport- und Freizeitangeboten handelt, die eine diskriminierungs- und angstfreie Teilhabe von LSBT*Q-Jugendlichen ermöglichen.

Wir befürworten ausdrücklich das unter der rot-grünen Landesregierung in NRW aufgelegte Projekt „Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie“, aber auch das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Das letztgenannte hat in letzter Zeit eine Veränderung der

Zielrichtung hin zu einer Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung erlebt und ist deshalb auch für die LSBT*Q-Jugendlichen von Bedeutung. - Wir wollen erreichen, dass sich Schüler*innen gegen jegliche Formen von Diskriminierung zur Wehr setzen und ihren Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten. Nur so kann man in den Schulen dauerhaft ein Klima schaffen, in dem „anders sein“ als Normalfall akzeptiert wird

Wie Sie sicher wissen, ist es letztendlich Entscheidung und erklärter Wille der jeweiligen Schulen, ob sie eine Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie werden, diese Form der Eigeninitiative ist Teil des Selbstverständnisses des Projektes. Die Schulgemeinde, dies umfasst neben den Schüler*innen auch die Lehrkräfte, die Sekretär*innen, Hausmeister*innen und nicht zuletzt die Schulsozialarbeiter*innen, muss sich dafür erklären. Wo immer es möglich ist, ermutigen wir die Schulgemeinden, sich den bestehenden Netzwerken anzuschließen.

Auf kommunaler Ebene obliegt die Koordination weiterer Maßnahmen an den Schulen dem Fachbereich LSBT im Amt für Integration und Vielfalt, der unmittelbar bei der Oberbürgermeisterin angesiedelt ist. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, verstärkt und offensiv auf die Schulen zuzugehen und weitere Schulen für das Projekt zu gewinnen. Wie bei Punkt 1 schon ausgeführt, wird die KölnSPD das Amt für Integration und Vielfalt finanziell und personell stärken und somit die Ressourcen bereitstellen, um der Diversität im Bildungs- und Erziehungsbereich den notwendigen Raum zu geben.

Der seit drei Jahren diskutierte Aktionsplan LSBTI, der auch dieses Thema aufgreift, wurde für Herbst 2019 angekündigt, ist jedoch immer noch nicht

vom Amt für Integration und Vielfalt vorgelegt worden. Hier vermissen wir eine konsequente Prioritätensetzung der Oberbürgermeisterin !

Seit langem fordern wir mit unseren Initiativen in den Ratsgremien auch die Stärkung und den Ausbau der Schulsozialarbeiter*innen-Stellen an den Schulen – vor allem an Haupt- und Realschulen und Förderschulen. Denn es sind besonders die Schulsozialarbeiter*innen, die an den Schulen als Multiplikator*innen für ein Klima der Vielfalt und Toleranz sorgen und gegen Diskriminierung aktiv werden können. Es sind die Schulsozialarbeiter*innen, die sich u.a. für eine intensivere Aufklärungsarbeit aller neunten Klassen im Rahmen der Projekte „WIR“ und „SchLAU“ einsetzen müssen.

Eine Reform der Lehrpläne an Schulen liegt in der Verantwortung der Kultusminister*innen-Konferenz – also auf der Landes- und Bundesebene. Die obliegt ebenfalls der Kultusminister*innen-Konferenz gemeinsam mit der Jugend- und Familienministerkonferenz.

Zwar in der Opposition setzt sich die SPD im Landtag NRW weiterhin dafür ein, dass Entscheidungsträger*innen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sensibilisiert werden. Leider können wir diesen Will nicht in direktes Regierungshandeln auf Landesebene umsetzen.

Zu 3.) LSBT*Q-Jugendliche stärken: Angebote zur Unterstützung ausbauen

Tatsächlich bemängeln wir seit langem, dass keine*n spezialisierte*n Mitarbeiter*in im Jugendamt gibt, die*der für LSBT*Q-Themen verantwortlich ist, dieses Thema als Querschnittsaufgabe intern vertritt und nach außen als Ansprechpartner*in für Einrichtungen fungiert. Die bisherige Förderung durch die Stadt Köln mit 2,5 Vollzeitstellen ist seit langem nicht mehr bedarfsgerecht.

Wir setzen uns für eine Stärkung der Fachstelle für LST ein, damit diese die Interessensvertretungen und Organisationen auf gesamtstädtischer Ebene im Blick hat und zusätzlich den besonderen Fokus auf die Jugendlichen richten kann, besonders die Vernetzung zu den Kölner Jugendeinrichtungen und den Trägern des Offenen Ganztags.

Wir fordern die Verwaltung auf, eine ergänzende Fachstelle LST im Jugendamt einzurichten als vermittelnde Institution zwischen dem Fachbereich LST und den gesamten Strukturen der Offenen Jugendarbeit. Dies soll ausdrücklich keine Doppelstruktur schaffen, sondern als Ergänzung verstanden werden, um in die Fläche der Jugendhilfe einwirken zu können – damit sich diese nicht mehr allein auf spezifische Einrichtungen und LSBT*Q-Vertretungen fokussiert. Es kommt auf den professionellen Umgang mit sexueller und kultureller Vielfalt in der Jugendarbeit und Jugendhilfe an. Hier kann man auch die Erziehungsberatung nach § 28 SGB VIII und die sozialpädagogischen Familienhilfen zur Unterstützung bei Konflikten im Elternhaus andocken.

Für die Jugendfachstelle fordern wir einen gut erreichbaren rechtsrheinischen Standort, um die Zugänge für junge Heranwachsende und Hilfesuchende so dezentral und niederschwellig wie möglich auszugestalten.

Als KölnSPD wollen wir uns dafür einsetzen, dass Notunterkünfte für LSBT*Q-Jugendliche und junge Erwachsene eingerichtet werden. Hierzu könnte man die im Rahmen der Unterbringung besonders Schutzbedürftiger Menschen geschaffenen Wohngruppen für LSBT*Q finanziell und personell verstetigen, sodass dort auch Menschen ohne Fluchterfahrung untergebracht werden können. Das Angebot und insbesondere das pädagogische Fachpersonal könnte so erhalten bleiben.

Bei der Zuteilung notwendiger Ressourcen hilft uns der Sozialindex, der im Jahr 2018 aufgrund einer SPD-Initiative zur Unterstützung des Verwaltungshandelns eingeführt wurde. Damit lässt sich eine sozialraumorientierte, offene Jugendarbeit für LSBT*Q etablieren – insbesondere in den bisher benachteiligten Stadtgebieten und in den Veedeln, die unter der jetzigen Ratsmehrheit zu kurz gekommen sind. - Denn neben den theoretischen Fortbildungen für Pädagogen und/oder Lehrerschaft an Schulen und Offenem Ganztage ist auch eine ganz praktische und wirkungsorientierte Arbeit zur Unterstützung und Stärkung der LSBT*Q-Jugendlichen notwendig.

Last but not least setzen wir uns für die Sicherung des Beratungsangebotes des "Anyway" ein und unterstützen die Kooperation mit "schlau e.V."

Die von der Verwaltung bereitgestellte finanzielle Förderung muss gesichert und erhalten bleiben – trotz und besonders angesichts der großen finanziellen Herausforderungen für den städtischen Haushalt, die mit der Corona-Pandemie einhergehen.

Zu 4.) Diversität ernst nehmen: geschlechtliche Vielfalt, Migration, Behinderung und sozio-ökonomische Benachteiligung bei LSBT*Q-Jugendlichen

Die KölnSPD macht sich in ihrem Kommunalwahlprogramm 2020 stark gegen Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung.

Als KölnSPD verfolgen wir einen intersektionalen Ansatz, um Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung zu bekämpfen. In diesem Sinne sind wir davon überzeugt, dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt möglichst breit besprochen und thematisiert wird, um eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen. Daher erachten wir es als sehr wichtig, dass nicht nur in Schulen, sondern bei allen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen besuchten Angeboten die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt thematisiert werden. Dieser Ansatz bedarf sicherlich zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen, die wir für Träger und Initiativen sowie im Amt für Integration und Vielfalt schaffen wollen.

Weiterhin hat die KölnSPD in ihrem Kommunalwahlprogramm 2020 ausdrücklich das Ziel formuliert, die besondere Situation junger LSBT*Q-Geflüchteter im Blick zu haben. Diese brauchen oft auch deshalb besondere Unterstützung, weil sie zum Teil immer noch in städtischen Gemeinschafts-unterkünften leben müssen. Die Situation kann dort sehr belastend sein. In den Unterkünften brauchen wir Beratungsstellen, die mit Unterstützung einer qualifizierten Sprach- und Integrationsmittlung den besonderen Schutzbedarf junger LSBT*Q-Geflüchteter ermittelt. Die Unterbringung junger LSBT*Q-Geflüchteter erfordert spezielle Präventions- bzw. Deeskalationsmaßnahmen.

Oft erleben LSBT*Q-Geflüchtete eine mehrdimensionale Diskriminierung, die sehr belastend für die psychische Gesundheit der Betroffenen ist. Wir wollen die Sorgen junger LSBT*Q-Leute mit und ohne Flucht- oder Migrationserfahrung ernst nehmen und dazu beitragen, dass sie ohne Diskriminierungs-erfahrungen in Köln leben können. Das erfordert in erster Linie, dass wir gegen Rassismus und Diskriminierung hart vorgehen und Überlebenden helfen, ihre Erfahrungen zu verarbeiten. Wir wollen die interkulturellen Zentren besonders mit dem Fokus auf die vielfältigen Beratungsmöglichkeiten für LSBT*Q fördern.

Wir fordern auf gesamtstädtischer Ebene auch die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle. Die bereits bestehenden Strukturen der Antidiskriminierungsarbeit in Köln wollen wir personell und finanziell stärken. Es bedarf einer mit Fachkompetenz und Einfluss ausgestatteten zentralen Stelle, die die vielen Beispiele struktureller Diskriminierung in den städtischen Einrichtungen und dem Vordruckwesen der Verwaltung aufgreift und kontinuierlich beseitigt.

Uns ist auch die Sensibilisierung für die potenzielle Diskriminierung von LSBT*Q-Jugendlichen im Pflege- und Gesundheitsbereich sehr wichtig. Wir wollen Modellprojekte für vielfältiges Leben von LSBT*Q-Jugendlichen mit Behinderung unter Einbeziehung der Trägerlandschaft aufbauen und finanziell unterstützen – mit dem Ziel einer dauerhaften kommunalen Strukturförderung. Dabei ist es uns sehr wichtig, dass LSBT*Q-Jugendliche mit Behinderung ein Recht auf ein Zuhause haben, das ein selbstbestimmtes Leben und die Wahrung der Privatsphäre ermöglicht.

Schon in der Vergangenheit haben wir den regelmäßigen Austausch mit Ihnen sehr geschätzt.

Über eine weitere Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch mit Ihnen würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen



Christiane Jäger
Vorsitzende KölnSPD



Frank Mederlet
Geschäftsführer KölnSPD